

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Hauptzeile über deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Druck- und Anzeigengebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druck- und Anzeigengebühren. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichsschulgesetz

Reichsregierung und Reichsrat haben nun endlich nach heißem Bemühen das im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehene Schulgesetz im Entwurf beraten und dem Reichstag vorgelegt. Es ist so schön, wie dieser Artikel und die ihm verwandten Bestimmungen der Verfassung selbst, die zusammen jenes Schulkompromiß bilden, dessen sich die Rechtssozialisten bei den Verfassungsberatungen schuldig gemacht haben, um ihre Regierungsgemeinschaft mit Zentrum und Demokraten zu erhalten. Der Gesetzentwurf ruft uns somit das ganze Schulleben der deutschen demokratischen Republik ins Gedächtnis. Er zeigt uns von neuem, daß dieses Kompromiß die Religionschule für die Kinder des Volkes — denn nur um die Volksschule handelt es sich — verfassungsmäßig unerschütterlich verankert hat. Mit reizender, mehr Mittel als Empörung erregender politischer Rhetorik wird denn auch in der Begründung zum Reichsschulgesetz der „Staatskluge“ Kuhhandel der Weimarer Verfassungsparteien als des Samenforts zu diesem Gesetzentwurf gedacht. Wie jenes Kompromiß, so will auch das Gesetz ein Versöhnungswerk sein, heißt es dort.

Wobei sich dem nachdenklichen Leser der Begründung die Frage aufdrängt, wer wohl durch das Gesetz versöhnt werden soll. Jene Kreise, die seinerzeit „mit der größten Entschiedenheit die Bekenntnisschule gewünscht“ haben, um mit der Begründung zu reden, sind längst mit den politischen Zuständen im allgemeinen wie mit der Schulpolitik im besonderen ausgesöhnt. Es bedarf auch keines Kompromisses, keines Zusammenrückens der anderen mehr, die angeblich „mit der gleichen Entschiedenheit die volle Weltlichkeit des Schulwesens“ forderten, um die Schulreaktionäre bei der Stange einer unglückseligen Koalitionspolitik zu halten. Sie befinden sich längst im unbestrittenen Besitz der politischen Herrschaft und gestalten heute mit Seelenruhe und froher Zuversicht das vorliegende Gesetz nach ihrem Geschmack, wozu ihnen das Schulkompromiß die Möglichkeit bietet. Die anderen aber, die wirklich ersten Verfechter der unbedingten Weltlichkeit der Schule — sie können durch dieses Gesetz nicht versöhnt, sondern nur von neuem empört werden, wie sie einst durch die Preisgabe ihres Kulturanspruches durch die Rechtssozialisten bei den Verfassungsberatungen empört worden sind.

Damit aber ist das Schicksal des Reichsschulgesetzes auch schon im voraus bestimmt. Es bewegt sich mit peinlicher Genauigkeit im Rahmen der Verfassung! Wer mag es, gegen diese ehernen Mauern der verbrieften und verregulierten Rechts anzutreten? Es ist dem Willen und den Wünschen der gesamten bürgerlichen Reaktion von Koch bis Wulle auf den Leib gearbeitet. (Wohlfühlende Jungen behaupten sogar, daß sich diese Front nach links erstreckt bis zu Heinrich Schulz.) Wer hat da Hoffnung, daß es im Reichstag keine Mehrheit findet oder daß einschneidende Abänderungsanträge im Sinne etwa unserer Schulforderungen zur Annahme zu bringen sein werden?

Immerhin muß der Versuch gemacht werden. Unsere Fraktion hat bereits vor einiger Zeit Anträge zum Schulwesen gestellt, die wir abgedruckt und erläutert haben. Sie werden wiederholt oder in neuer und erweiterter Form eingebracht werden müssen. Der verammelten Schulreaktion müssen wir vor der breitesten Öffentlichkeit unsere Schulforderungen entgegenstellen, die allein geeignet sind, ein Erziehungswesen zu begründen, das der freien geistigen Entwicklung der Volksmassen die Wege zu bahnen vermag.

Nach dem Gesetzentwurf soll die Möglichkeit geschaffen werden zur Errichtung von drei Volksschultypen: der Gemeinschaftsschule, der Bekenntnisschule und der bekenntnisfreien Schule. Unter der Gemeinschaftsschule versteht das Gesetz die allgemeine Volksschule, die allen Schülern armer Leute offen steht. Diese Schulform wird auch nach dem Inkrafttreten des Reichsschulgesetzes in weiten Gebieten des Reiches vorherrschend sein. In diesen sogenannten Gemeinschaftsschulen — einst nannte man sie Simultanschulen — ist nach der Verfassung und demgemäß nach dem Gesetzentwurf der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Damit ist ein für allemal dafür gesorgt, daß die Religion dem Volke erhalten bleibe. Die dürftigen Möglichkeiten der Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht durch eine Willensäußerung der Erziehungsberechtigten, die gegenwärtig bereits bestehen, werden davon zwar nicht berührt. Aber wir kennen die unwürdigen Schikanen, die für den einzelnen, Erziehungsberechtigten wie Schüler, mit solcher Abmeldung verbunden sind, solange der Zwang zum Religionsunterricht gesetzliche Regel, die Entbindung von ihm die auf privatem Willen beruhende Ausnahme ist, statt daß es umgekehrt wäre.

Das Gesetz eröffnet sodann die Möglichkeit der Einrichtung von Schulen bestimmter religiöser Bekenntnisse, und zwar auf Antrag der Erziehungsberechtigten. In diesen Bekenntnisschulen wird der Unterricht in allen seinen Teilen ganz vom Geist der betreffenden Konfession erfüllt sein, womit vor allem dem Katholizismus und damit dem Zentrum — als der auf dem Katholizismus begrün-

Ernstste Lage in Oberschlesien

Wir wollen weder ein nationalistisches noch ein putschistisches Abenteuer!

Die Interalliierte Kommission, die sich bisher als ohnmächtig erwiesen hat, den polnischen Aufstand zu liquidieren, hat sich nunmehr entschlossen, mit den Polen zu verhandeln. Als Abgesandter Korjantys ist Koltowski in Opatowitz erschienen. Wie aus den Äußerungen der Führer der Aufständischen hervorgeht, wollen sie nichts mehr von dem herausgeben, was sie bisher befehrt haben. Die polnische Regierung will der deutschen Regierung mitteilen, daß sie sich neutral verhalte; das würde in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten, als daß sie den Aufstand in Oberschlesien, wenn auch nur durch ihre passive Haltung, unterstützt. Die deutsche Regierung hat zwar offiziell erklärt, daß sie die Entscheidungen der Alliierten noch abwarten wolle. Inzwischen wird aber in Oberschlesien selbst und in den anliegenden Bezirken gerüstet, um womöglich mit Waffengewalt die Polen aus Oberschlesien wieder hinauszujagen. Wir warnen die Regierung aufs ernstlichste davor, den Wünschen der deutschen Militaristen, einen neuen Krieg zu beginnen, Gehör zu geben. Die Arbeiterschaft wird sich jedem Versuch, die ober-schlesische Krise für ein kriegerisches Abenteuer auszuschlagen, mit allen Mitteln widersetzen!

Die Arbeiterschaft will aber auch nichts von den Bemühungen einiger Putschisten etwas wissen, den nationalistischen Aufstand in Oberschlesien zu einer revolutionären Aktion zu „steigern“. Die kommunistische Zentrale veröffentlicht einen, in geschwollenem Tone gehaltenen Aufruf, der die ober-schlesischen Arbeiter auffordert, die Betriebe zu besetzen und sie bewaffnet zu verteidigen. Das ober-schlesische Proletariat, so erfahren wir aus diesem Aufruf, „kämpft als Vortrupp für die polnische und deutsche Räterepublik“. Man erkennt aus diesem Aufruf, daß die „politischen Rindsköpfe“ in der kommunistischen Zentrale die Oberhand völlig gewonnen haben, nachdem die wenigen verantwortungsvollen Leute, die früher darin noch zu finden waren, hinausgeworfen worden sind. Nicht um die Errichtung der Räterepublik geht es augenblicklich Herrn Korjantys und den ober-schlesischen Arbeitern, die ihm noch folgen, sondern um die Befriedigung nationalistischer Ansprüche der polnischen Bourgeoisie. Und wenn die deutsche Arbeiterklasse den ober-schlesischen Aufstand, wie es die Kommunisten empfehlen, noch aktiv unterstützen sollten, so würde das nichts anderes bedeuten, als die Auslieferung des ober-schlesischen Proletariats an die polnischen Schläglerherrschaft.

Statt auf das hysterische Geschrei putschistischer Abenteuerer zu hören, muß die deutsche Arbeiterklasse erkennen, was jetzt für sie zu tun ist: die bürgerlichen Parteien zwingen, die Verantwortung für ihre Politik so lange zu tragen, bis sie ihre Aufgaben vor der Geschichte erfüllt haben. Bis dahin aber muß jeder Versuch, die ober-schlesischen Vorgänge zu einem nationalistischen oder zu einem putschistischen Abenteuer auszubenten, auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft stoßen!

Eine Unterredung mit Korjantys

CC. Paris, 7. Mai.

Der Vertreter des „Bell Journal“ hatte mit Doliva und Korjantys in deren Hauptquartier eine Unterredung. Doliva erklärte, es sei seine Aufgabe als Führer der Insurgenten gewesen, eine Schlacht zwischen den interalliierten Truppen und seinen

Truppen zu verhindern. In dieser Richtung bewegen sich die strengsten Befehle an seine Soldaten, denen er aufgibt, die von den interalliierten Truppen besetzten Städte sofort zu verlassen. Unglücklicherweise seien in Kdnik bedauerliche Zwischenfälle eingetreten, da die Italiener dort Insurgenten entwaffnen wollten, wobei es auf beiden Seiten einige Tote gab. Gegenwärtig befehlen die Insurgenten auch die sogenannte innere Korjantys-Linie. Diese Linie wird nicht überschritten werden. Doliva erklärt dann noch zum Schluß, daß er keinesfalls gewillt sei, Terrain zurückzugeben.

Korjantys erklärte dann dem Vertreter des Blattes folgendes: Er habe erst am vergangenen Sonntag die Entscheidungen der interalliierten Kommission, die dem Obersten Räte mitgeteilt wurden, kennengelernt, während die Deutschen ihren Inhalt schon seit Freitag kannten. Diese Nachricht wurde durch Extraausgaben veröffentlicht. Korjantys begriff sofort, daß sie schwere Folgen haben müsse. Denn Polen hätte durch eine derartige Entscheidung nur 25 Prozent der für Polen abgegebenen Stimmen und nur 30 Prozent des Kohlengebietes zugeteilt erhalten. Am Tage des Aufstandes waren 15 000, am folgenden 30 000 und heute zifft 100 000 Insurgenten unter den Waffen. Korjantys befürchtet, daß der Aufstand immer schwereren Charakter annehmen würde, und er habe sich deshalb an die Spitze der Bewegung gestellt, um die Ausdehnung des Aufstandes, Kordiaten und Zusammenstöße mit den interalliierten Truppen verhindern zu können. Und aus diesem Grunde habe er auch den Befehl ergehen lassen, daß keine Truppen die von interalliierten Truppen besetzten Städte zu verlassen haben. Bemerkenswert ist das Gesandnis Korjantys, daß die Franzosen sich sowohl den Polen wie auch den Deutschen gegenüber neutral verhalten werden. Es sei auch seit dem Waffenstillstand das dritte Mal, daß sich Oberschlesien gegen Deutschland erhebt. Der Eisenbahnverkehr ruht fast völlig.

Englische Stimmen über Oberschlesien

London, 7. Mai.

Wie Reuters meldet, greift die polnische Aufstands-Bewegung um sich. Das Ziel der Aufständischen scheint zu sein, die Kontrolle über Oberschlesien zu bekommen, um den von den Alliierten zu fassenden Beschlüssen zuvorzukommen. Der Berliner Vertreter des „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß es die Alliierten sind, die Korjantys herausfordert habe und gegen die er Krieg führe. Man müsse jetzt zugeben, daß die bisher von Deutschland geäußerten pessimistischen Prophezeiungen nicht unbegründet gewesen seien. — „Morning Post“ sagt, die durch den polnischen Aufstand geschaffene Lage werde in britischen amtlichen Kreisen als äußerst ernst angesehen, alles deute auf eine gründliche Organisation und auf ein von militärischen Sachverständigen geleitetes Unternehmen hin. Es sei tatsächlich ein militärischer Coup, der bisher erfolgreich gewesen sei. Wie das selbe Blatt hinzufügt, hat sich die deutsche Bevölkerung bisher ruhig verhalten, man könne es jedoch schwer verstehen, daß sie sich auf die Dauer eine Vergewaltigung durch irreguläre polnische Streitkräfte gefallen lassen werde. Das Blatt schreibt weiter, bis der Oberste Rat der Alliierten keine Entschlüsse bezüglich Oberschlesiens gefaßt habe, sei Oberschlesien ein Teil Deutschlands, und die deutsche Regierung werde wohl nicht geneigt sein, dem Beispiele Litauens zu folgen. Es sei nicht abzusehen, was geschehen würde, wenn die deutsche Regierung beschließen wolle, die Eindringlinge zu vertreiben. „Daily Express“ schreibt, dieses militärische Abenteuer Polens unterließe die bekannte Ansicht, daß Polen seine Freiheit verloren habe, weil es nicht wert war, sie zu behalten.

deten politischen Strömung — ein weitestgehendes Feld des Wirkens und damit ein fester Bestandteil verfassungsmäßig und gesetzlich gesichert ist. In der Tat: trefflicher hat es noch keine Partei verstanden, Gesetz und Rechte einseitig ihrem engsten Interesse dienstbar zu machen. In den Gemeinschaftsschulen des Gesetzes soll dagegen der religiöse Betrieb streng auf die Stunden des Religionsunterrichts beschränkt bleiben. Das heißt, so steht es auf dem Papier des Gesetzes...

Nun die bekenntnisfreie oder religionslose Schule. Sie darf von den Gemeinden ebenfalls auf Antrag der Erziehungsberechtigten und überdies nach Maßgabe eines recht umständlichen Anmeldeverfahrens eingerichtet werden. Das klingt nun, im Verhältnis zur Bekenntnisschule, die ebenso behandelt wird, sehr gerecht und würdig. Wenn man indes bedenkt, daß für die Aufrechterhaltung des Religionsunterrichts durch die Vorherrschaft der Gemeinschaftsschule gesorgt ist, die nach dem Sinne des Gesetzes die Volksschule sein wird, während die bekenntnisfreie Schule eine von der Regel abweichende Sonderform darstellt; wenn man ferner weiß, daß die Schulbehörden, von deren Haltung das Geschick der bekenntnisfreien Schulen abhängt, auch heute noch mit bewährten Reaktionen besetzt sind — dann vermag man im voraus zu ermessen, wie kümmerlich die bekenntnisfreie Schule gedeihen wird.

Der Landesgesetzgebung bleibt überdies ein gehöriger Spielraum, um der Entfaltung weltlicher Schulen weitere Hindernisse in den Weg zu bauen. Sie soll nähere Bestimmungen darüber treffen, was als ein rechtswirksamer Antrag auf Einrichtung von weltlichen oder Bekenntnisschulen angesehen werden kann. Sie kann die Rechtswirksamkeit des Antrages davon abhängig machen, daß er von einer Mindestzahl von Antragsberechtigten gestellt ist. Dazu werden Zweckmäßigkeitserwägungen, Bedenken wegen der Zersplitterung des Schulwesens, wirkliche und vorgeschützte finanzielle Schwierigkeiten und andere Scherereien kommen, die von reaktionären Schulbehörden dem Fortschritt der weltlichen Schule in großer Zahl in den Weg gestellt werden.

Merke! andere Schönheiten, mit denen Sinn und Inhalt des Schulgesetzentwurfes behaftet sind, lassen sich noch aufzeigen. Wir denken aber, diese genügen, um zu zeigen, daß unsere Genossen, die in den Gemeindeförperschaften und Elternbeiräten unsere Schulforderungen zu vertreten haben, einen harten Kampf um jede weltliche Schule werden führen müssen. Dieser Kampf aber muß aufgenommen werden, erst der Kampf um die Verbesserung des Reichsgesetzes, dann um die entsprechenden Landesgesetze und schließlich der Kampf um ihre Anwendung, das heißt: der harte und erbitterte Kampf um jede einzelne Schule. Seid gerüstet!

Methode Wahnsinn

Die Politik, die die bürgerlichen Parteien bisher betrieben haben, steht vor ihrem völligen Zusammenbruch. Im Westen halten sich die Franzosen bereit, in das Ruhrgebiet einzumarschieren, im Osten droht der Verlust des oberösterreichischen Industriegebietes. Die bürgerlichen Parteien aber „prüfen“ einen Tag um den anderen das Material, sie wissen in dieser Situation nichts Besseres zu tun, als die Krise zu verschleppen. Statt nun endlich eine verhandlungsfähige Regierung zu bilden, die das zu tun hat, was die Stunde erfordert, wollen die bürgerlichen Parteien erst ihre Entschlüsse zum Ultimum der Entente fassen. Ein so klägliches Versagen bürgerlicher Regierungskunst hat die Welt noch nicht gesehen. Hier wird der Wahnsinn zur Methode.

Unerhört ist es, was sich jetzt hinter den Kulissen abspielt. Die „Vossische Zeitung“ bekräftigt, daß man in den Regierungsparteien bei dem Vergleich der finanziellen Forderungen der Alliierten mit den früheren deutschen Vorschlägen zu der Ansicht gekommen sei, daß sie diskussionsfähig seien. Auch Dr. Felix Wimmer, der Handelsredakteur des „Berliner Tageblatts“, kommt nach einer Gegenüberstellung der Londoner Beschlüsse mit den früheren Forderungen der Entente zu dem Ergebnis, daß die neue Form des Reparationsprogramms, die uns im Wege des Diktats aufzuerzwingen werden soll, keineswegs ungünstiger, sondern eher günstiger ist als die alte, die wir auf dem Wege des Vergleichs freiwillig annehmen sollten, wobei allerdings das alte Ende, das vielleicht in Jahrzehnten noch nachkommen kann, unberücksichtigt gelassen ist. Das aber sei ziemlich gleichgültig, denn die Hauptsache sei, wie sich in den nächsten 3, 5 oder 10 Jahren die Lage Deutschlands gegenüber den Reparationsforderungen gestalten werde.

An der Erfüllung der finanziellen Forderungen der Entente scheitert also die Bildung der Regierung durch die bürgerlichen Parteien keineswegs. Es sind andere Schwierigkeiten, die entstanden sind, und das ist das eigentliche „Material“, mit dessen „Prüfung“ man zu keinem Ende kommt. Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß die bürgerlichen Parteien der Entwaffnung der Ostseestellungen nicht zustimmen wollen, schon mit Rücksicht auf die jetzigen Ereignisse in Ostpreußen. Das „Material“, das jetzt noch „geprüft“ wird, ist also nichts anderes als der Widerstand der Militäristen und der Nationalisten. Das sagt die „Vossische Zeitung“ noch deutlicher:

In Bezug auf die Entwaffnung ist die Ansicht vertreten worden, daß durch das vom Reichstage verabschiedete Entwaffnungsgesetz die Verpflichtungen Deutschlands erfüllt sind. Ueber dieses Gesetz hinaus gegen Bayern vorgehen und die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren zu erzwingen, stehen der Regierung keine Rechtsmittel zur Verfügung.

Hier werden jede Reichsregierung tatsächlich vor einen „possimus“ stehen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Entwaffnung Bayerns, die Befestigung der Ostsee und der unter anderem Namen aufstretenden Einwohnerwehren schon längst hätten durchgeführt werden können, wenn die Reichsregierung es nur gewollt hätte. Es ist geradezu ein Skandal, daß sechzig Millionen Deutsche sich der Hartnäckigkeit von zwei Millionen bayerischer Reaktionäre fügen und sich durch sie der Katastrophe entgegenreiben lassen sollen. Selbst Herr Theodor Wolff muß im heutigen „Berliner Tageblatt“ dazu sagen:

Der vernünftige Teil des deutschen Volkes hat nicht das mindeste Interesse daran, daß Bayern seine Einwohnerwehren und seine Waffenlager behält. Bayern ist von den Kommunisten durchaus nicht mehr gefährdet als irgendeine andere Gegend Deutschlands, und wenn die Possenhaftesten von ihnen eine Zeitlang in München herrschen konnten, während Berlin und zahllose andere Städte des Reiches unter weit schlimmeren Verhältnissen sich erfolgreich gewehrt hatten, so hat Bayern dafür noch keine Prämie verdient. Ein Staat ist durchaus nicht deshalb ein „Ordnungsstaat“, weil er, in Verstoß gegen jede staatliche Ordnung, Waffen in private Hände legt.

Die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes verlangt, daß jetzt endlich mit diesen wahnsinnigen Methoden Schluss gemacht wird. Die Arbeiterklasse insbesondere ist es, die sich noch länger zum Spielball der kapitalistischen und nationalistischen Kreise Deutschlands machen zu lassen, Schluss mit der Verschleppung! Die bürgerlichen Parteien, die das deutsche Volk in das jetzige Elend hineingeführt haben, müssen nunmehr vor der Geschichte und vor der Menschheit die Verantwortung dafür übernehmen!

Wie die Einigung zustande kam

CC. Paris, 7. Mai.

Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ gibt eine Darstellung der Umstände, unter denen das Einvernehmen zwischen Lloyd George und Briand zustande kam. Lloyd George bestand zunächst darauf, daß das Abkommen von Paris durchgeführt werden müsse. Deutschland werde aufgefordert werden, den Pariser Beschlüssen entsprechende Zahlungen zu leisten. Im Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung Englands wendete sich dann Lloyd George gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Das würde einen Wiederbeginn des Krieges bedeuten, und hiergegen sträubte sich das englische Volk. Darauf entgegnete Briand: „Frankreich wird auch allein vormalisieren, denn die Besetzung ist unumgänglich notwendig.“ Darauf antwortete Lloyd George: „Wenn Ihr wollt!“ Briand erklärte darnach, daß Frankreich alle beschlossenen Steuern einheben werde, was Lloyd George mit „Niemals!“ beantwortete. „Denn das Ruhrgebiet ist ein gemeinsames Pfand aller Alliierten und ohne unsere Zustimmung werdet Ihr im Ruhrgebiet keine Steuern einheben!“ Daraufhin wollte Briand den Saal verlassen; da legten sich die Belgier ins Mittel und machten Vermittlungsversuche. Sie sagten Briand, daß man für eine Besetzung des Ruhrgebietes mindestens 14 Tage benötige. Daher könne man Deutschland noch eine letzte Frist von 12 Tagen gewähren.

Der französische Finanzminister erklärte dann, deutsches Geld für die Bezahlung der Sanktionen und für die Ermöglichung des Wiederaufbaues zu benötigen, und daß deshalb die deutsche Finanzverwaltung unter Kontrolle gestellt werden müsse. Lloyd George sagte darauf, daß man von Deutschland keine Zahlungen fordern dürfe, die dessen wirtschaftliche Entwicklung hindern könnten. Man dürfe auch keine Repressalien anwenden oder sich in die inneren Angelegenheiten einmischen. Er fragte dann, ob man denn Deutschland zur Rolle der Türkei herabdrücken wolle. Als aber dann der englische Ministerpräsident einsehend machte, daß die französischen Delegierten nicht nachgaben, fügte er sich, und darnach wurde die Einigung der Garantiekommision beschlossen.

Die belgische Mobilisierung

XX. Brüssel, 7. Mai.

Gestern Abend hat der Kriegsminister mehrere Jahrgänge der Transportkolonnen mobilisiert.

Die deutschen Leistungen

CC. London, 6. Mai.

Lloyd George erklärte heute im Unterhause, daß die Reparationskommission eine provisorische Abschätzung der bisherigen deutschen Leistungen vorgenommen habe, die sich auf acht Milliarden beläuft. Eine Milliarde wird für die Unterhaltskosten der Besatzungstruppen der Alliierten berechnet. 2 Milliarden 840 Millionen für Waren, die bis zum 31. März geliefert wurden. 300 Millionen erhielt England, 1780 Millionen Belgien, 550 Millionen Italien, und der Rest wurde unter die anderen Alliierten verteilt.

„Schutz der Arbeit“ — durch französisches Militär

E. E. Paris, 7. Mai.

Der „Figaro“ erhält folgende Drahtung aus Düsseldorf: Ob Deutschland das Ultimatum annimmt oder nicht, die Rheinarmee trifft alle Vorbereitungen, als ob Deutschland bereits abgelehnt

hätte. General Degoutie wird in einigen Tagen sein Hauptquartier in Düsseldorf aufschlagen, um es dann unmittelbar nach Elben zu verlegen. Die Besetzung des Ruhrgebietes wird einen besonderen Charakter tragen. Sie wird weniger den einer militärischen, als vielmehr den einer solchen Operation tragen, die finanziellen Schutz gewähren soll. Die Aufgaben der Truppen werden folgende sein:

1. Im Inneren des Ruhrgebietes den Schutz der Industrie und der Arbeit zu gewährleisten.
2. Die Arbeit gegen jede Gefahr von außenhin zu sichern.

Soll Deutschland annehmen?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der englische Nationalökonom Keynes, der durch seine offene Kritik der Pariser Friedenskonferenz und des Pariser Vertrages auch in Deutschland bekannt geworden ist, in der „Kölnischen Zeitung“ einen längeren Artikel. Keynes hebt in diesem Artikel besonders hervor, daß die neuen Entscheidungen der Alliierten die Rückkehr zum Recht und zu den Grundlagen des Pariser Vertrages bedeuten. Er schreibt:

„Die Entscheidung des Reparationsausschusses, daß Deutschlands ganze Zahlungspflicht nach dem Vertrage 137 Milliarden Goldmark beträgt, eingeschlossen die vor dem 1. Mai fällige Summe und die Verpflichtung der Zahlungsübernahme der belgischen Schuld an die Verbündeten, ist ein offener Triumph des Geistes der Gerechtigkeit, den das deutsche Volk nicht verfehlen wird, anzuerkennen. Daß der Ausschuss dem Druck, die Schuld ungebührlich zu erhöhen, Widerstand leistete und einen Betrag festsetzte, der nach unparteilicher Meinung im wesentlichen gerecht ist, wird sein Ansehen erhöhen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß dieser Betrag nicht verwechselt werden darf mit Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Er ist ganz einfach ein Befund der Sachverständigen, deren Aufgabe es war, festzustellen, was Deutschland nach dem Buchstaben des Vertrages zu zahlen verpflichtet ist.“

Keynes legt dann eingehend auseinander, daß nach seiner Ansicht Deutschland augenblicklich nicht in der Lage sei, die neuerlich in London festgesetzte Summe zu zahlen.

Es ist festzustellen, daß Deutschlands Ausfuhr gegenwärtig ungefähr vier Milliarden jährlich oder etwas mehr beträgt. Danach würde die Abgabe von 26 Prozent 1040 Millionen und die Gesamtzahlung über drei Milliarden jährlich ausmachen. Aber es ist ganz klar, daß Deutschland unmöglich aus einer Ausfuhr im Werte von vier Milliarden dem Verbund über drei Milliarden zahlen kann, da Deutschland doch auch einführen muß, nicht allein, um sein Verlangen zu verhüten, sondern um sich Rohstoffe zu verschaffen für die wieder auszuführenden Waren. Der Plan legt demnach voraus, daß Deutschland seine Ausfuhr stark ausdehnen werde. Doch in demselben Verhältnis erhöht sich die Abgabe. Der Vertrag, wie er jetzt beabsichtigt wird, ist gerade so unmöglich, wie er jemals war.

Der Artikel beschäftigt sich dann weiter mit der Stellungnahme Deutschlands und spricht aus, daß trotz des unmöglichen Verlangens im Interesse des dauernden Weltfriedens Deutschland den neuen Plan nicht zurückweisen sollte. Der neue Plan füge nichts zu den Lasten des Pariser Vertrages, den Deutschland unterschrieben habe, in mancher Beziehung erleichtere er ihn. Es sei tatsächlich derselbe Vertrag, den Deutschland bereits in seiner den Vereinigten Staaten übermittelten Note anbot. Der Artikel schließt:

Was haben wir auf der anderen Seite? Ich stimme mit denen überein, die nicht wollen, daß Deutschland unter Drohungen unaufrichtig bekenne, was es weder erfüllen kann, noch will. Sind aber die Verbündeten wirklich so barbarisch und verabscheuenswürdig, um durch die Folter nach der Art der Inquisition falsche Bekenntnisse zu erpressen? Ich dachte, es wäre möglich, daß Deutschland den jetzigen Forderungen der Verbündeten willfährte, ohne von der Stellung zurückzuweichen, die es eingenommen, die sich schließlich in seinem aufrichtigen Glauben als richtig erweisen wird. Es ist ein bezeichnender Unterschied, daß der Plan kein neues Abereinkommen ist, sondern einfach die Annahme einer Notifikation eines bestehenden Vertrages. Wenn es sicher ist, daß die Revision des Vertrages jetzt noch nicht möglich ist, so ist es im Interesse der Welt, daß der Frieden erhalten bleibt und damit eine Zeit zum Atemschöpfen gewonnen wird, in der die allgemeine Meinung sich weiter kristallisiert und die Mitarbeit von Amerika gesichert werden kann.

Theaterkritik, Genossenschaft, Sisner

Wie haben schon mehrmals daran aufmerksam gemacht, daß die bürgerliche Theaterkritik dem gewerkschaftlichen Kampf der Schauspieler mißgünstig gegenübersteht und wichtige soziale Erneuerungen durch übertriebene Besorgnis für die Kunst sabotiert. So wenig die Herren vom Journalismus auch von Politik verstehen — gewöhnlich sind sie noch stolz darauf —, das eine haben sie bei der Lektüre ihrer Blätter gelernt: wie man einen proletarischen Kampf durch systematischen Beschimpfen und Verdächtigen der Führer und durch gemeinsame „Proteste“ abwürgt. Dieselben Theaterkritiker, die noch niemals in den wichtigsten, künstlerischen und sozialen Angelegenheiten unter einen Hut zu bringen waren; dieselben, die sich niemals auftraffen, durch einen Streik die kulturwidrige und gewinnlose Form der Nachkritik zu befeitigen; die keine gemeinsamen Worte fanden, wenn Schauspielerinnen geschändet, ausgebeutet, in den Tod getrieben wurden; wenn junge Dichter durch Liegenlassen angestimmter Stücke geschädigt und wegen ihres Widerstandes dagegen durch Nichtaufführen bestraft wurden; dieselben, die keinen Protest abgaben, wenn Ensembles durch die Gewinnlust der Direktoren und Schauspieler geprellt, Theater an Schieberkonzernen mit allem Isen und lebenden Inventar verschandert wurden; ferner, die niemals die Kraft zu einer Aktion gegen wirklich schmachwürdige Zustände aufgebracht haben: dieselben Herren, ihrer dreißig, sind jetzt den kämpfenden Schauspielern durch einen Protest in den Rücken gefallen — und wogegen? — gegen „Bestrebungen (nämlich der Genossenschaft), die die künstlerische Natur des Theaters an ihrer Wurzel bedrohen. In Sonderheit scheint es uns“, so schreiben sie, „unerträglich, der verantwortlichen Theaterleitung die Möglichkeit, ein Ensemble nach künstlerisch zwingenden Gründen zu erneuern, aus Ermägungen sozialer Fürsorge herauszunehmen zu wollen.“ Nun wissen wir also endlich, was den vereinigten deutschen Theaterkritikern und dramaturgischen Schriftstellern unerträglich erscheint: der hochwürdige Kampf der Schauspieler um die gewerkschaftliche Regelung der Kündigung, der Beschäftigung von Anfängern und der damit zusammenhängenden Fragen.

Die Kundgebung der Theaterkritiker hatte natürlich nur die Absicht, die Kämpfenden zu zersplittern und unsicher zu machen, das bekannte und beliebte Manöver der Unternehmer in jedem Streik. Es hatte auch den üblichen Erfolg. Die Delegierten haben ihre Mandate niedergelegt und stellen sich zur Neuwahl zur Verfügung, die selbstverständlich unter dem Einfluß der Brechmacht und der Kundgebung der gefährdeten Kritik stehen wird. Daß Intellektuelle, die aus Gründen der Gerechtigkeit und Menschlich-

keit sich mit dem Kampf der proletarischen Elemente verbunden fühlen sollten, zu solchen Unternehmerrmitteln greifen, ist beschämend. Wir nennen deshalb ihre Namen:

Julius Bab, Oskar Bie, Josef Adolf Bondy, Bernhard Diebold (Frankfurt a. M.), Friedrich Düfel, Karl Düfel (Stuttgart), Arthur Eloefer, Fritz Engel, Norbert Hoff, Paul Jechter, Hans W. Fischer (Hamburg), Hans Frank (Düsseldorf), Johann Freeling (Hannover), Erich Freund (Breslau), Leo Greiner, Siegfried Jacobsohn, Herbert Jhering, Hermann Kienz, Dr. Knudsen, Karl Müller-Rohrath (Hamburg), Hans Natonek (Potsdam), Dr. Neuraht (Bremen), Franz Serpas, Hermann Sinsheimer (München), Ernst Leopold Stahl (Mannheim), Ludwig Sternau, Karl Streder, Albert Ralte Wagner (Hamburg), Paul Wegler, Julius Ferdinand Wolff (Dresden).

Die sozialistischen Berliner Theaterkritiker sind zur Unterzeichnung nicht aufgefordert worden, ein Beweis, daß der reaktionäre Charakter der Kundgebung ihren Urhebern bekannt war.

Zur Sache selbst ist zu sagen, daß selbstverständlich genau wie in jedem industriellen Betrieb auch im Theater die soziale Fürsorge nicht zu einer Hemmung der produktiven Betriebsaufgaben — also der Theaterkunst — führen darf. Wenn wir auch die Form der Kündigung, wie sie die Berliner Bezirksorganisation aufgestellt hat, nicht für richtig halten, so muß doch festgelegt werden, daß auch diese verschärfte und wie uns scheint einseitige Formulierung alle Garantien für die künstlerische Erneuerung des Theaters ehrlieh gesichert hat. Von einem bewußten Streben gegen die „künstlerische Natur des Theaters“ oder von der unterstellten Absicht, „starre Verschönerungsmassnahmen“ für die Talentlosen zu schaffen, kann gar keine Rede sein. Wohl ist es aber zu begrüßen, daß die Bühnengenossenschaft so wie es die anderen Gewerkschaften getan haben, die allen kapitalistischen Unternehmungen eigene Kündigungsanträge und Lehrlingswirtschaft (die Anfängerfrage) in soziale Gesamtmöglichkeit zu bringen sucht. Erfahrungsgemäß wird die Produktivität eines Betriebes (hier: die künstlerische Entwicklung der Bühne) durch die soziale Gesamtmöglichkeit nicht behindert, sondern gefördert. Die Genossenschaft hat ohne Schädigung der Kunst der Willkür der Theaterdirektoren bereits Grenzen gezogen, und sie wird alle Reste der Unternehmeranarchie ohne Rücksicht auf das Kunstgewerbe bewußter und unbewußter Reaktionen zu beseitigen haben, gerade im Interesse der Kunst.

Nehmen wir z. B. die Anfängerfrage. Die freie Entwicklung der Bühne hängt gewiss mit davon ab, daß erstarrte Routiniers von frischer Jugend ersetzt werden. Muß deshalb der Theaterpöbel das Recht behalten, eine beliebig große Anzahl (billiger) Anfänger einzustellen? Je freier er in der Zahl ist, um so verantwortungsvoller in der Wahl. Die Proletarisierung der Bühnenkünstler wird außerdem dadurch vermehrt, daß all-

jährlich neue Scharen Stellung finden, ohne daß der engagierte Direktor dafür verantwortlich ist, daß nur wirkliche Begabungen zur Bühne kommen. Die Frankfurter Genossenschaftsorganisation hat die Zahl der Anfänger auf 10 Prozent festgesetzt. Das genügt vollständig. Alljährlich kommen in Berlin 5 bis 10 neue Begabungen heraus. Rechnen wir rund, daß 80 Berliner Theater je 40 Mitglieder, also zusammen 1200 haben, so können in Berlin jährlich noch immer 120 Anfänger eingestellt werden. Es wird nur an den Theaterdirektoren liegen, wenn sie nicht imstande sind, unter den 120 neuen Kräften, die ihnen freistehen, die zehn bemerkenswerten Talente herauszufinden, mit denen im Höchstfall zu rechnen ist.

Wie reaktionär die Sorge der Theaterkritik um die Kunst ist, beweist ihre Unterdrückung der Prominenten. Seitdem sich deren Klub zur Kampforganisation gegen den Gewerkschaftsgedanken entwickelt hat, werden dieselben Namen, die ohne jedes Kunstinteresse von Theater zu Theater gelaufen sind, bis sie das bestgehende herausgefunden haben, als Reiter der Kunst vor der Gewerkschaft gefeiert. Jeder Name, der seine genossenschaftlichen Pflichten verletzt und sich dadurch bei Gaskspielen Unannehmlichkeiten aussetzt, wird wie ein Märtyrer durch die Presse getragen. Herr Abel (der proletarischer Herkunft ist), gilt als Held, weil er im Prologwege den Zwang zum Beitritt in die Genossenschaft anstößt. Frau Dorck kann infolge des Kartellvertrages der Bühnengewerkschaften in Wien nicht aufstehen, weil sie mit ihren Genossenschaftsbeiträgen seit 13 (!) Monaten im Rückstand ist. Die Folge: Telegramme der Presse, Meldung des Wiener Berichterstatters der „Vossischen Zeitung“, Frau Dorck ist keineswegs „gewillt“, sich dieser „Erpressung an der künstlerischen (!) Individualität der Schauspieler zu fügen“. Genossenschaftsbeiträge nachzugeben ist also eine künstlerische Erpressung! Herrn Wegener haben die Schwierigkeiten bei einem Gaskspiel in Köln, wo er erfreulicherweise nicht spielen konnte, weil er überhaupt noch nicht Genossenschaftsmitglied war, so verlegt, daß er seitdem seine kostbare Zeit statt dem Film und dem Kotters der Sprengung der Genossenschaft widmet. Das hinderte einen Theaterkritiker nicht, denselben Wegener, der nicht einmal das Interesse hatte, ein solches Mitglied der Genossenschaft zu werden, zu ihrem Präsidenten vorzuschlagen. Spah muß sein!

Auch wir verlernen nicht, daß in der Bewegung der Prominenten ein gesunder Gedanke enthalten ist. So wie die Freileute, Theaterarbeiter, Musiker usw. wollen auch die Bühnenkünstler einen eigentlichen Fachverband innerhalb der Genossenschaft bilden. Wir glauben, daß diese Forderung auch gewerkschaftlich vernünftig ist. Vorläufig ist die Prominentenbewegung noch ein Gemisch von Größenwahn, Eitelkeit und Reaktion. Der Gedanke des Fachverbandes innerhalb der Genossenschaft ist zwar in einer Prominentenversammlung ausgesprochen worden, er muß aber in dem herrschenden Gemisch gewerkschaft-

